

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/36

21. Februar 1975

Pionierleistung für gleiche Lebensbedingungen

Bundesraumordnungsprogramm ermöglicht koordinierte und integrierte Entwicklungsplanung

Von Karl Ravens MdB
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Wehrgerechtigkeit und Realitäten

Die CDU/CSU hat keine brauchbaren Lösungen anzubieten

Von Karl-Wilhelm Berkhan MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
der Verteidigung

Seite 3 und 4 / 69 Zeilen

Ist die Bundeswehr ein "gefürchteter Gegner"?

Anmerkungen zu einer Feststellung des US-Verteidigungs-
ministers

Von Hermann Schmidt (Würgendorf) MdB
Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundes-
tages

Seite 5 / 19 Zeilen

Harte Fragen an Josef Stingl

Präsident der Bundesanstalt für Arbeit im Ziellicht

Von Lothar Schwartz
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 6 und 7 / 64 Zeilen

Bayernfunk wird nachtschwarz

Rundfunkrat setzte sich über Arbeitagerichtsanspruch hinweg

Seite 8 und 9 / 73 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 400
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 32 60 37 - 38
Telex: 08 86 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Pionierleistung für gleiche Lebensbedingungen

Bundesraumordnungsprogramm ermöglicht
koordinierte und integrierte Entwicklungsplanung

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Mit der Verabschiedung des Bundesraumordnungsprogramms durch die Konferenz der für die Raumordnung zuständigen Minister und Senatoren der Länder sind die Weichen für die Fortentwicklung der großräumigen Strukturen der Bundesrepublik gestellt. Nach den hiermit festgelegten Zielen sollen künftig die raumwirksamen Fachplanungen, insbesondere die öffentlichen Investitionen, räumlich und zeitlich koordiniert werden.

Die Bemühungen der Bundesregierung, dem Auftrag des Grundgesetzes gerecht zu werden und gleiche Lebensbedingungen in allen Teilen des Bundesgebietes herzustellen, haben mit der Verabschiedung des Bundesraumordnungsprogramms einen sichtbaren Erfolg gehabt. Die Bundesrepublik Deutschland ist der erste Staat in Europa, der ein derartiges nationales Programm aufgestellt hat. Dieser Erfolg für die Raumordnungspolitik in unserem Staat ist nach einer langwierigen Abstimmungsphase zustande gekommen. Die Zustimmung der CSU- und CDU-regierten Länder Bayern und Baden-Württemberg war bei der Schlußabstimmung leider nicht zu erreichen. Dies ist sicher nicht überzubewerten. Zu deutlich waren dabei die politischen Vorzeichen, zu paradox die vorgebrachten Ablehnungsgründe. Bezeichnend auch, daß gerade Länder, deren spezielle Belange soweit als irgend möglich berücksichtigt wurden, schließlich doch ihre Zustimmung verweigert haben.

Das Bundesraumordnungsprogramm ist keine schönfärberische Absichtserklärung, sondern analysiert ganz konkret die Situation und zeigt Lösungsmöglichkeiten auf. Es liefert den zwischen Bund und Ländern abgestimmten Orientierungsrahmen für den künftigen Einsatz der raumwirksamen Mittel und Maßnahmen. Dieser Orientierungsrahmen ist umso wichtiger, als sich die wirtschaftlichen und natürlichen Ressourcen mehr und mehr verengen, die einheimische Bevölkerung abnimmt und das Entwicklungspotential immer knapper

wird. Gleichzeitig nehmen aber die Konzentrationstendenzen und die Überlastungsprobleme der Verdichtungsräume immer mehr zu.

Die wesentlichsten Leistungen des Bundesraumordnungsprogramms lassen sich im einzelnen wie folgt zusammenfassen:

- Im Bereich der Analyse wurde erstmals eine für das ganze Bundesgebiet einheitliche und vergleichbare Feststellung der gegenwärtig vorliegenden großräumigen Disparitäten vorgelegt;

- Im Bereich der Prognose wurde frühzeitig auf die künftig beschränkten Wachstumsaussichten bei Bevölkerung, Arbeitsplätzen und Infrastruktureinrichtungen hingewiesen und ein Umdenken eingeleitet;

- erstmals wurden mit einheitlichen und vergleichbaren Indikatoren die Räume abgegrenzt, die künftig eine bevorzugte Förderung zur Verbesserung der Erwerbsverhältnisse und der Infrastruktur erhalten sollen; ebenso wurden erstmals die Verdichtungsräume benannt, in denen quantitative Wachstumsbeschränkungen vorgenommen werden sollen; außerdem wurden die großräumig bedeutsamen Achsen im Bundesgebiet festgelegt.

Mit dem Programm sind viele heiße Eisen angepackt worden. Eines davon sind die Gebietseinheiten und deren Abgrenzung. Da es ein allgemeingültiges, wissenschaftlich abgesichertes Verfahren hierzu noch nicht gibt, war die Abgrenzung der Raumeinheiten außerordentlich schwierig. Die nun gebildeten Regionen sollen den Erfordernissen einer vorausschauenden Raumordnungspolitik entsprechen und die funktionale Verflechtung von Teilräumen berücksichtigen. Die Verabschiedung des Programms allein reicht natürlich noch nicht aus. Die eigentliche Arbeit liegt noch vor uns. Ich denke dabei nicht nur daran, daß wir den programmatischen Ansatz weiterentwickeln müssen, also die gesellschaftlichen Indikatoren und die Regionalanalyse verbessern oder auch die Entwicklungszentren konkret ausweisen müssen. Das werden wir unverzüglich in Angriff nehmen. Worauf es jetzt noch stärker ankommt, das ist der Vollzug des Bundesraumordnungsprogramms. Wir müssen es mit Leben erfüllen, seine Intentionen in die politische Praxis umsetzen. Wir haben jetzt die Grundlage, auf die hin wir die Fachplanungen koordinieren können.

(-/21.2.1975/ks/ee)

+ + +

Wehrgerechtigkeit und die Realitäten

Die CDU/CSU hat keine brauchbaren Lösungen anzubieten

Von Karl-Wilhelm Berkhan MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesverteidigungsminister

Der CDU-Abg. Dr. Konrad Kraske geht im "Deutschland Union-Dienst" seiner Partei mit der Antwort der Bundesregierung zur kleinen Anfrage der CDU zum Thema Wehrgerechtigkeit hart ins Gericht. Kraske behauptet u.a.: Die Bundesregierung ignoriere das Problem; ihre Antwort auf konkrete Einzelfragen der CDU sei "völlig unbefriedigend"; die Bundesregierung verzichte auf alle Überlegungen, wie nicht zum Grundwehrdienst heranzuziehende Wehrpflichtige zu anderen Gemeinschaftsdiensten verpflichtet werden könnten; sie weiche der Frage einer Wehrausgleichsabgabe aus und behandle das ganze Problem mit erschreckender Sorglosigkeit.

Wer nach soviel Polemik neugierig weiterliest, um zu erfahren, welchen Stein der Weisen denn die CDU gefunden haben könnte, um dieses komplexe Problem zu lösen, der empfängt den üblichen CDU-Trost: "Die CDU wird ihre eigenen Vorschläge noch in diesem Jahr vorlegen." So einfach ist Opposition.

Im Einzelnen ist hier festzustellen

1/ Wenn sich überhaupt jemand dem Problem der Wehrgerechtigkeit angenommen hat, dann ist es die sozialliberale Koalition; sie erbt es aus der CDU/CSU-Konkursmasse nicht gelöster Probleme auf der Hardtöhne. Der erste sozialdemokratische Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt setzte sich in den ersten Monaten des Jahres 1970 für die Schaffung einer unabhängigen Wehrstruktur-Kommission der Bundesregierung ein. Am 9. Juli 1970 nahm diese Kommission ihre Arbeit auf und legte schon im Februar 1971 dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt erste Ergebnisse vor. Das Problem der Wehrgerechtigkeit - so stellte die Kommission schon damals fest - belaste zwar die sogenannte Wehrwilligkeit, sei jedoch nicht absolut zu lösen, sondern nur annäherungsweise. Die Vorschläge der Kommission führten dazu, daß durch Verkürzung der Wehrdienstzeit, Abbau der Ausnahmegenehmigungen und eine Reihe anderer Maßnahmen, von denen ich hier nur die Änderung der Tauglichkeitsgrade nenne, 75 vH statt bisher 60 vH jedes Erfassungsjahrgangs zur Bundeswehr oder einem vergleichbaren Dienst herangezogen werden könnten.

2/ Allen Kennern der Materie, zu denen ich auch den CDU-Abg. Kraske zähle, war damals klar, daß das Erreichen einer größeren Wehrgerechtigkeit

nur für etwa fünf Jahre möglich sein würde. Dann nämlich steigen die Zahlen der Geburtsjahrgänge so an, daß "Wehrgerechtigkeit durch Heranziehen aller Wehrdienstfähigen bei 15 Monaten Grundwehrdienst und gleichbleibendem Umfang der Bundeswehr nicht mehr erreicht werden kann"; so steht es im zweiten Bericht der Wehrstrukturkommission vom 28. November 1972.

3/ Wer also von der Antwort der Bundesregierung die Quadratur des Kreises erwartet hat, mußte enttäuscht werden. Die Bundesregierung stellt fest, daß zur Zeit eine Vermehrung der Plätze im Zivil- und Katastrophenschutz sowie der Einsatz von Zivildienstleistenden für Aufgaben des Umweltschutzes nur um des Prinzipes der Wehrgerechtigkeit wegen, nicht sinnvoll ist und auch nicht finanziert werden kann. Die Schaffung von Plätzen in diesen Bereichen für nicht zum Dienst in den Streitkräften herangezogene junge Männer könnte jedoch nur zu Lasten anderer Einzelpläne, das heißt auch des Haushalts des Bundesministeriums der Verteidigung, geschehen. Das kann doch wohl auch die CDU nicht anstreben.

4/ Was macht es eigentlich für einen Sinn, junge hochbezahlte Facharbeiter, Angestellte und Selbständige um des Prinzipes der Wehrgerechtigkeit willen mit Gewalt zum Müllsammeln im Rahmen einer Art allgemeiner Dienstpflicht einzuberufen? Zu den zurzeit unlösbaren Problemen der Unterbringung, Ausbildung und Führung käme der Verzicht auf den Beitrag dieses jungen Mannes zum Bruttoezialprodukt und darüberhinaus noch die Aufbringung erheblicher Kosten. Zurzeit kosten 1.000 Zivildienstpflichtige rund zehn Millionen DM jährlich. Fazit: Ein solches Vorgehen wäre volkswirtschaftlicher Unsinn.

5/ Was die Wehrausgleichsabgabe, auch Wehrsteuer genannt, betrifft, so verweise ich darauf, daß dieser Vorschlag der sog. Adorno-Kommission schon beim damaligen CDU-Bundesverteidigungsminister Dr. Gerhard Schröder auf eine Skepsis stieß, die ich bis heute teile. Ich danke nur an den Verwaltungsaufwand, der hierfür notwendig wäre.

Es steht also fest, daß billige Lösungen des Problems der Wehrgerechtigkeit höchstens von Stammtischpolitikern gefunden werden können, nicht jedoch von denen, die Verantwortung tragen. Die Bundesregierung wird sich im Rahmen einer interministeriellen Arbeitsgruppe weiterhin mit dieser Frage beschäftigen. Endgültige Entscheidungen werden jedoch in dieser Legislaturperiode nicht mehr getroffen werden können. Man wird aber gewiß gespannt sein dürfen, welches Ei des Kolumbus die CDU als Lösung anbieten wird.
(-/21.2.1975/ks/ee)

+ + +

Ist die Bundeswehr ein "gefürchteter Gegner"?

Anmerkungen zu einer Feststellung des US-Verteidigungsministers

Von Hermann Schmidt (Würgendorf) MdB

Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Der US-amerikanische Verteidigungsminister James Schlesinger hat vor dem Militärausschuß des Abgeordnetenhauses in Washington die Bundeswehr, die an der Ostgrenze der Bundesrepublik kommunistischen Streitkräften gegenübersteht, als einen "gefürchteten Gegner" bezeichnet. Manch einem in unserem Lande mag eine solche Definition nicht passen, obwohl sie genau ins Schwarze trifft.

Mit hohem finanziellen Aufwand ist die Bundeswehr in den letzten Jahren zu einer der modernsten Armeen in dieser Welt geworden. Sie hat durch Zuführung bester Waffensysteme ihren Verteidigungsauftrag wesentlich glaubhafter gemacht. Den Krieg zu verhindern und das unkalkulierbare Risiko eines Gegners im Falle eines Angriffs zu vergrößern, ist ihre Aufgabe. Wer angreifen will, braucht ein Feindbild. Er muß den Haß predigen, um offensive Absichten zu motivieren. So geschieht es zum Beispiel noch immer in der DDR. Wir lernen das für unsere Streitkräfte ab.

Die Unverletzlichkeit des Gebietes der Bundesrepublik allerdings wird von unseren Streitkräften im Zusammenwirken mit den Bündnispartnern garantiert. Hierbei setze ich auf die Soldaten der Bundeswehr. Wenn sie nicht gefürchtet wären, würde die Verringerung ihrer Präsenz bei den Verhandlungen um MBFR in Wien nicht eine so herausragende Forderung der Sowjetunion sein.

(-/21.2.1975/bgy/ee)

+ + +

Harte Fragen an Josef Stingl

Präsident der Bundesanstalt für Arbeit im Zwielicht

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Der interviewfreudige Präsident der Bundesanstalt für Arbeit schlägt neuerdings Haken. Entgegen der bisherigen Übung seines verantwortungsvollen Amtes, vornehmlich als in Oppositionskreisen gern gehörte "Kassandra" in Sachen Arbeitsmarkt zu walten, entdeckte auch er jetzt Silberstreifen am Horizont. Ungewöhnliches muß um und in Herrn Josef Stingl (CDU) vorgegangen sein, daß er die "Bild-Zeitung" dementierte, die ihm am 19. Februar in einem Interview für diesen Monat 1,25 Millionen Arbeitslose prophezeien ließ.

Es ist nicht meine Sache, dieses Dementi und seine harte Zurückweisung aus dem Hause Springer zu werten. Festzuhalten ist allerdings, daß die zitierte Äußerung keineswegs aus dem Rahmen der seit Monaten zu beobachtenden publizistischen Betriebsamkeit von Herrn Stingl und ihrer inhaltlichen Ausrichtung fiel.

Dieser Präsident einer Institution in unserem Staat, die nicht zuletzt für die Erhaltung, Sicherung und Anpassung von Arbeitsplätzen an Strukturprozesse mit sorgen soll, hat - aus welchen Motiven auch immer - am laufenden Band Verunsicherung bewirkt und Aufhänger für die propagandistische Ausschlichtung vorübergehender wirtschaftlicher Schwierigkeiten geliefert, die internationale Ursachen haben und mit denen die sozialliberale Bundesregierung unter allen vergleichbaren Industriestaaten der freien Welt am besten fertig geworden ist. Selbst wenn man unterstellt, daß Herrn Stingls publizistische Aktivitäten, die vorwiegend düstere Begleitmusik - vorher und nachher - zu den offiziellen statistischen Erhebungen der Bundesanstalt lieferten, einer besonderen, von Journalisten legitim genutzte Auskunft- und Selbstdarstellungsfreudigkeit einschließlich Redeeligkeit entsprungen ist, bleibt die Frage, ob der durchaus sechskundige Politiker mit langjähriger parlamentarischer Erfahrung in Bonn nicht die psychologischen Gefahren hätte erkennen und beherzigen müssen, die damit für eine Politik der ruhigen Hand zur Wie-

der Erlangung eines hohen Grades der Beschäftigung heraufbeschworen worden sind.

Fairerweise sollte man jedoch auch annehmen, daß die publizistische Kurskorrektur, die Präsident Stingl offenbar vornehmen möchte, einer entsprechenden Einsicht entspringt. Dann muß man ihm allerdings doch in Erinnerung rufen und monieren, daß er die jetzt auch von ihm als unseriös ausgemachte "Bild-Zeitung" in Sachen Arbeitslosigkeit ohne Widerspruch oder Korrekturverlangen in skandalöser Weise mehrfach gewähren ließ:

- Am 10. Januar 1975 lasen Millionen Mitbürger in der "Bild-Zeitung" die Überschrift: "1,6 Millionen Deutsche sind ohne Arbeit! Diese Tataren-Überschrift basierte auf einer Manipulation und Nachrichtenverfälschung in Form der Addition von wirklichen Arbeitslosen und von Kurzarbeitern, die ja keineswegs "ohne Arbeit" sind. Im Text der Meldung stand denn auch zu lesen, daß die Zahl der Arbeitslosen 945.000 und die der Kurzarbeiter 703.000 beträgt. Aber: Die Überschrift macht die Musik!

- Am 8. Februar 1975 bot das gleiche Springer-Blatt seinen Leser die Überschrift an: "Zwei Millionen ohne Arbeit". Ihr lag die gleiche unverantwortliche Manipulation zugrunde.

An diese schlimmen Beispiele muß die Frage geknüpft werden, ob es nicht Aufgabe des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit gewesen wäre, dieser offensichtlich bewußten Irreführung der Öffentlichkeit zwecks Unterstützung der Panikmache der Opposition durch eine amtliche Klärstellung des gravierenden Unterschiedes zwischen Arbeitslosen und Kurzarbeitern entgegenzutreten.

Man kann nicht umhin festzustellen, daß sich Präsident Josef Stingl dem Verdacht ausgesetzt hat, sein parteipolitisches Engagement zur Dominante seiner publizistischen Aktivitäten gemacht zu haben. Möglicherweise ist aber seine Kontroverse mit dem Hause Springer ein Indiz für die - recht späte - Einsicht, daß es in einer Demokratie zu erst um Menschen und dann um Macht geht.

(-/21.2.1975/bgy/ee)

+ + +

Bayernfunk wird nachtschwarz

Rundfunkrat setzte sich über Arbeitsgerichtsbespruch hinweg

Bayerns Fernseher werden total schwarz sehen, denn dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef ist es vorerst gelungen, einen neuen Sieg gegen jenes Instrument zu erringen, das er gelegentlich in völliger und bewußter Verkennung der Tatsachen als Rotfunk zu bezeichnen pflegte. Der Münchner Rundfunkrat hat mit seiner überwältigenden konservativen Mehrheit jene Pläne abgesegnet, die sich die Mannen um den CSU-Intendanten Reinhold Vöth ausgedacht hatten, um nicht nur die ersten drei Stufen der Rundfunkhierarchie (Intendant, Fernsehdirektor und Chefredakteur), sondern auch die nächsten Verantwortungsebenen mit "Linientreuen" zu besetzen.

Damit werden ab 1. April 1975 auch noch die letzten politischen Sendegebiete im bayerischen Fernsehen gleichgeschaltet und vollends unter den Einfluß der Christsozialen gestellt. Wie gering das Demokratieverständnis der für die Durchsetzung der Strukturveränderung Verantwortlichen ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß dieses Trauerspiel über die Bühne gehen konnte, obwohl das Arbeitsgericht München erst vor wenigen Tagen die Rundfunkräte an ihre Rechte und Pflichten erinnert hatte, diese "Anstalt des öffentlichen Rechts" zu kontrollieren und darauf zu achten, daß die im Rundfunkgesetz analog der bayerischen Verfassung enthaltenen Normen einzuhalten sind. Die Urteilsbegründung nennt den Rundfunk einen "eminenten Faktor der öffentlichen Meinungsbildung" und bestimmt, daß die Anstalt so organisiert sein muß, "daß alle in Betracht kommenden gesellschaftlichen Kräfte in ihren Organen Einfluß haben und Leitgrundsätze verbindlich sind, die ein Mindestmaß von inhaltlicher Ausgewogenheit gewährleisten".

Die nun bestehende Zusammenballung von CSU-Anhängern an sämtlichen leitenden Stellungen des bayerischen Fernsehens entspricht diesem vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Grundsatz der Ausgewogenheit nicht mehr. Denn ein ausgewogenes Angebot ist logischerweise nur dann möglich, wenn auch das Leitungspersonal ausgewogen zusammengesetzt ist. Die konservative Mehrheit des Rundfunkrats aber störe das wenig. Sie hievte den engagierten Strauß-Anhänger Franz Schönhuber - der seine wechselvolle politische Vergangenheit lautstark mit dem "Recht auf Irrtum" verteidigt - in eine Stellung, in der er hervorragend dafür sorgen kann, daß seine augen-

blickliche Weltanschauliche Linie auch für die ihm unterstellten Redakteure verbindlich wird.

Die Rundfunkratsmehrheit setzte sich auch über die Argumente des Arbeitsgerichts München hinweg, das dem linksliberalen Thilo Schneider, Hauptabteilungsleiter für Politik und Zeitgeschehen, bescheinigte, daß er keine Weisungen Rudolf Mühlfenzls entgegennehmen müsse, weil dessen Funktion als Koordinator rechtswidrig sei. Und das, obwohl die Koordinatorenrolle und damit die Machtvolle Mühlfenzls nach der Strukturänderung verstärkt wird.

Welch abgekartetes Spiel die CSU betrieb, beweist folgender Vorfall in der Rundfunkratsitzung vom Donnerstag. Der Vorsitzende des bayerischen Lehrer- und Lehrerinnen-Verbandes, Wilhelm Ebert - er bezeichnet sich gern als "parteilospolitisch neutral" -, verteidigte die neuen Strukturpläne gegen die Einwände sozialdemokratischer Rundfunkräte, nachdem ihm ein Zettel zugeschoben worden war, auf dem zu lesen stand: "Herr Tandler (=Generalsekretär der CSU-Landesleitung d.R.) bittet sie, sich positiv zur Strukturänderung zu Wort zu melden." So ließen sich also auch die sogenannten Überparteilichen im bayerischen Rundfunkrat von CSU-Hand leiten. Von der nach dem Gesetz vorgeschriebenen Kontrollfunktion dieses Gremiums kann demnach kaum mehr die Rede sein.

Nach dieser schwarzen Stunde in der Rundfunkgeschichte erinnert man sich nicht nur in Bayern an das Volksbegehren Rundfunkfreiheit vor drei Jahren, das Strauß und seine Anhänger in die Schranken gewiesen hatte. Die Sozialdemokraten, das machten ihre Sprecher im Münchner Rundfunkrat deutlich, werden es nicht zulassen, daß der klare Willen der Bevölkerung auf kaltem Wege verfälscht wird und die CSU sich durch personelle Manipulation jene totale Einflußnahme eichert, die ihr Vorsitzender Strauß seit langem anstrebt. Rundfunkratsmitglied Volkmar Gabert, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, denkt an die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts und des Verwaltungsgerichts (die Rundfunkräte wurden nicht ausreichend informiert) um den bayerischen Fernsehern die totale Matscheibenschwärzung zu ersparen. Dabei ist noch zu beachten, daß der Bayerische Rundfunk immerhin 16 vH des Programms in die ARD liefert. Auswirkungen auf das Bundesprogramm sind daher nicht ausgeschlossen. (ib/21.2.1975/ko/pr)

+ + +
Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller